

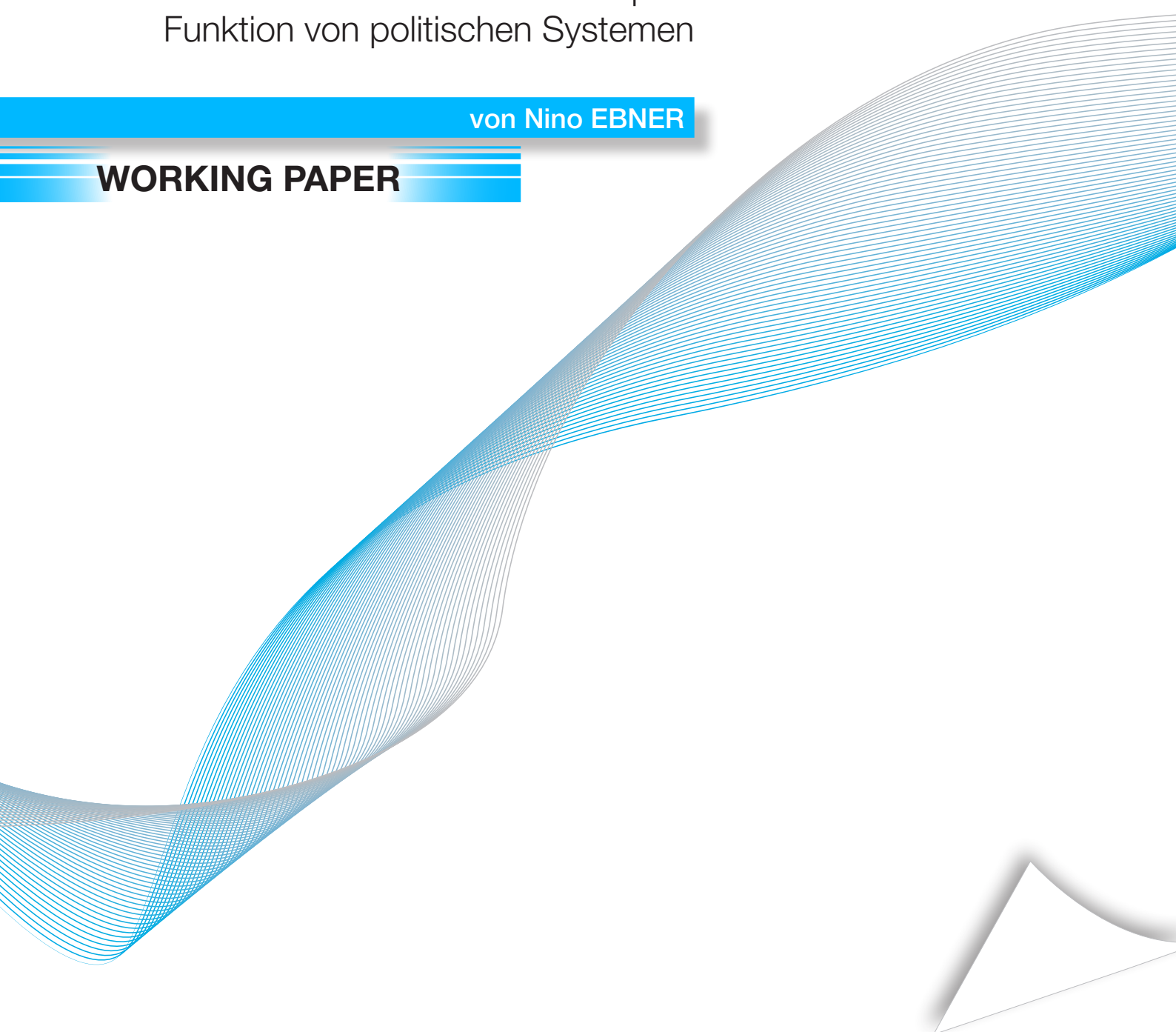
Wie viel direkte Demokratie braucht ein politisches System?

Nr. 21

Auswirkung direktdemokratischer
Elemente auf die In- und Output-
Funktion von politischen Systemen

von Nino EBNER

WORKING PAPER



Nino Ebner

**Wie viel direkte Demokratie braucht ein politisches System?
Auswirkung direktdemokratischer Elemente auf die In- und Output-
Funktion von politischen Systemen**

Seminararbeit, Salzburg, Juli 2013

Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie, Universität Salzburg

LV: Demokratie und Partizipation in Europa, LV-Leiter: Dr. Markus Pausch

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Direkte Demokratie und Partizipation im demokratie-theoretischen Diskurs	6
2.1. Dahls Polyarchie	7
2.2. Habermas' Deliberative Demokratie	8
2.3. Barbers Starke Demokratie	10
3. Direkte Demokratie und Partizipation in der Praxis	11
3.1. Bildung der Forschungshypothesen	11
3.2. Skalierung der Unabhängigen Variable.....	12
3.3. Skalierung der Abhängigen Variable aus der Hypothese H1	14
3.4. Überprüfung der Hypothese H1	15
3.5. Skalierung der Abhängigen Variable aus der Hypothese H2	17
3.6. Überprüfung der Hypothese H2	17
3.7. Überprüfung der Hypothese H3	21
4. Resümee	23
5. Literatur- und Quellenverzeichnis	24

1. Einleitung

„Fast die Hälfte kehrt der Demokratie den Rücken, ein Fünftel sehnt sich nach dem starken Mann. Wohin driftet Österreich?“¹ ist da etwa im Profil zu lesen. Seit Jahren wird in der medialen Öffentlichkeit das Thema „Politikverdrossenheit“ mit seinen Ursachen und Folgen diskutiert. Dabei werden unterschiedliche Ausprägungen von Verdrossenheit festgestellt, die sich auf die politischen Eliten, die Parteien, andere politische Institutionen und/oder das politische System an sich beziehen können.² Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind im politikwissenschaftlichen Diskurs zum Einen nicht unumstritten und zum Anderen noch weitgehend unerforscht³, manifestieren sich jedoch zumindest in unterschiedlichen Formen, die von Demokratieablehnung bis hin zu verstärkter politischer Teilhabe reichen können. Neben mehr politischer Bildung für Jugendliche⁴ wird sowohl von politikwissenschaftlicher, medialer und zivilbürgerlicher Seite (z.B. in Form des Demokratievolksbegehrens) als auch von den Parteien und politischen Institutionen selbst zunehmend eine Ausweitung der direkten Demokratie gefordert, um diesem Trend entgegenzuwirken.⁵

In David Eastons Systemtheorie interagiert die gesellschaftliche Umwelt mit der politischen, indem „wants“, „demands“ und/oder „support“ in Form von *Input* an das politische System herangetragen und „authoritative allocation of values“ durch dieses in Form von *Output* an die Gesellschaft retourniert wird.⁶ Demokratische politische Systeme müssen also einerseits über eine ausreichende Legitimation in der Bevölkerung verfügen - Herrschaftliches Handeln ist laut Fritz W. Scharpf⁷ immer dann legitimationsbedürftig, wenn die Präferenzen oder Interessen der Betroffenen verletzt werden.

„In demokratischen politischen Systemen kann solches Handeln entweder input-orientiert durch Bezug auf die kollektiven Präferenzen oder output-orientiert durch Bezug auf die gemeinsamen Interessen der Regierten legitimiert werden.“⁸

Andererseits müssen demokratische politische Systeme reform- und entwicklungsfähig sein, um den eben erwähnten gemeinsamen Interessen der Regierten über lange Sicht gerecht werden zu können. Die Input-Funktion erfordert ein gewisses Maß an politischer Beteiligung durch die BürgerInnen, sei es durch konventionelle Formen, worunter zunächst in erster Linie demokratische Wahlen fallen, worin in weiterer Folge allerdings auch direktdemokratische Elemente, wie im österreichischen Fall durch Volksabstimmungen oder Volksbefragungen institutionalisiert, eingebunden wären, oder Initiativen aus der Bevölkerung. Diese müssen sich jedoch nicht auf formale Instrumente der direkten Demokratie beschränken - in Österreich wäre das etwa ein gesetzlich verankertes Volksbegehren - darüber hinaus können jedoch auch Streiks, Demonstrationen, Petitionen, Leserbriefe u.a. in diese Kategorie fallen, sofern

¹ Internetquelle 1

² Vgl. Ucakar 2004, 37

³ Vgl. Ucakar 2004, 39

⁴ Siehe u.a. Filzmaier/Klepp

⁵ Vgl. Reitmair 2013 / vgl. Internetquellen 2-3

⁶ Vgl. Fuchs 2002b, 348ff, in Ucakar 2004, 7ff

⁷ Vgl. Scharpf, 2004, 1

⁸ Scharpf, 2004, 1

sie einen politischen Zweck verfolgen⁹. Gleichzeitig müssen politische Systeme eine gewisse Offenheit für notwendige Reformen, die sich etwa aus Krisensituationen, neuen Herausforderungen, gesellschaftlichen Veränderungen oder wirtschaftlichen Entwicklungen heraus ergeben, aufweisen. Neben den gesetzlichen, institutionellen und historischen Rahmenbedingungen eines Staates können auch direktdemokratische Elemente auf diese Output-Funktion einwirken.

Die beiden Funktionen des politischen Systems bilden den Kern dieser Forschungsarbeit, auf dem die zentrale Fragestellung nach der Auswirkung von direkter Demokratie basiert. Dabei wird für die Funktionen jeweils eine Forschungsfrage formuliert:

Input-Fragestellung: Wie wirkt sich direkte Demokratie auf die Partizipation in der Bevölkerung und die Legitimation der Regierenden aus?

Output-Fragestellung: Wie wirkt sich direkte Demokratie auf den politischen Reformbedarf, das gesellschaftliche Zusammenleben und die Demokratie selbst aus?

Auf Basis einer demokratiethoretischen Diskursanalyse sollen zu diesen Forschungsfragen Hypothesen entwickelt werden, die im Anschlussenden auf die Richtigkeit ihrer Aussage überprüft werden. Dazu soll einerseits die vergleichende Politikanalyse herangezogen werden, welche durch quantitative Forschungsmethoden operationalisiert wird. Als Fallbeispiele sollen mehrere europäische Staaten dienen, wobei vorausgesetzt wird, dass es sich um etablierte Demokratien handelt. Andererseits wird in einer qualitativen Analyse die Output-Fragestellung anhand eines Fallbeispiels untersucht. Folglich wird im ersten Teil der empirischen Überprüfung zunächst versucht, den jeweiligen Grad an direkter Demokratie in der politischen Praxis der Länder zu evaluieren und in quantitativ vergleichbaren Skalen einzuordnen. Anschließend soll zum Einen die Ausprägung der Partizipation in der Bevölkerung gemessen werden, zum Anderen eine Bewertung des politischen Outputs erfolgen, welche jedoch keiner normativen Basis folgt, sondern sich aus der Analyse seines Wirkungsgrades und daraus, inwiefern das demokratische Grundverständnis eines Staates beeinflusst wird – also inwiefern er demokratischen Grundwerten gerecht wird – ergibt.

Thomas Zittel sieht die moderne Demokratie in Deutschland in einer Beteiligungskrise. Er stützt seine Annahme auf die seit den 1970er Jahren stetig gesunkene Wahlbeteiligung und den Rückgang der Parteimitgliedschaften in europäischen Staaten.¹⁰ Auf das zunehmende Drängen gesellschaftlicher Gruppen auf mehr politische Mitsprache mussten etablierte Parteien reagieren, neu entstandene Parteien wie die Grünen in Deutschland pflegten überhaupt einen damals als radikal geltenden direkt- oder basisdemokratischen Zugang, sowohl nach innen als auch nach außen und machten sich auch für Reformen auf der institutionellen Bundesebene stark.¹¹

„Die Fraktion von Bündnis 90/Grüne argumentierte in der Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusse (sic.) im Blick auf die erwarteten Effekte der Reform, dass <mehr Mitsprache des Volkes [...] das

⁹ Vgl. Schmidt 2010, 236

¹⁰ Vgl. Zittel 2012, 2

¹¹ Vgl. Zittel 2012, 3

Engagement der Bürger sowie deren Identifikation mit dem Gemeinwesen [erhöht,] ebenso wie die Akzeptanz von Gesetzen¹²

Diese Annahme stellt im Prinzip bereits eine mögliche Hypothese zur eingangs formulierten Input-Fragestellung dar, in der davon ausgegangen wird, dass die Einführung oder Stärkung direktdemokratischer Mechanismen zu mehr Beteiligung durch die BürgerInnen führt und es dadurch letztlich zu einer höheren Legitimation der politischen Eliten kommt.

2. Direkte Demokratie und Partizipation im demokratietheoretischen Diskurs

Zunächst darf die Frage gestellt werden, ob und in welchem Ausmaß Partizipation überhaupt in der Bevölkerung idealtypisch etabliert sein muss. Denn es wird in den „westlichen“ europäischen Demokratien faktisch niemand, zumindest nicht physisch oder durch psychischen Druck daran gehindert, an demokratischen Ereignissen teilzunehmen. Nichtsdestotrotz ist es erwähnenswert, dass einigen Menschen oder gesellschaftlichen Gruppen, wie etwa Nicht-StaatsbürgerInnen, Jugendlichen oder (zum Teil) Menschen mit Beeinträchtigung(en) Rechte zur politischen Teilhabe selbst in Fragen, in denen sie unmittelbar von einer politischen Entscheidung betroffen sind, verwehrt bleiben. Zudem ist zu beobachten, dass gerade bei unkonventionellen demokratischen Prozessen wie etwa Volksbegehren oftmals erhebliche soziale und/oder ökonomische Faktoren eine wichtige Rolle spielen und zu gesellschaftlichen Spaltungen führen können (als Beispiel sei hier etwa der Unterschied zwischen einzelnen Bezirken – z.B. in Salzburg zwischen Leopoldskron und Lehen – genannt, wenn es um die Höhe der Beteiligung bei Volksabstimmungen geht), obwohl diese Demokratien heute auf dem „one man, one vote“-Prinzip basieren. Des Öfteren wird auch in Frage gestellt, ob eine Wahlentscheidung immer auf dem freien Willen des Wählers/der Wählerin beruht, da die Beeinflussung durch Erziehung, Sozialisation und Medien diesen letzten Endes stark prägen kann. Diese Anführungen sollen, obwohl auch in politikwissenschaftlichen Kreisen stetig Diskussionsbedarf besteht, nicht Thema dieser Arbeit sein, eher soll im späteren Verlauf darauf eingegangen werden, warum auch eine mit demokratischen Standards vereinbare Partizipation als problematisch erachtet werden kann, wenn sie schwach ausgeprägt ist.

Aus der Fülle an demokratietheoretischen Ansätzen und Autoren, die sich mit einem der zentralsten Themen der Politikwissenschaft auseinandergesetzt haben, gilt es jene Theorien und Theoretiker herauszufiltern, die in Bezug auf die Forschungsfragen wichtige Thesen und Anhaltspunkte liefern. Dabei stehen die Frage der Partizipation in demokratischen Systemen und dessen Ausprägung der direkten Demokratie im Mittelpunkt der Betrachtung. Theoretiker, die sich für diese Arten der Politikgestaltung aussprechen, sind in den meisten Fällen der Kritischen Schule zuzuordnen, da sie nicht versuchen, demokratische Systeme zu erklären oder modelliert darzustellen, sondern reale politische Verhältnisse

¹² Deutscher Bundestag 2002: 5, in Zittel 2012, 3

kritisieren, indem sie anhand von Ursachenforschung Forderungen an das politische System stellen. Partizipatorische Demokratieansätze sind auch als Kritik an den konventionellen „Output-orientierten“ Theorien - als Gegenpol zu elitistischen, liberalen und repräsentativen Demokratietheorien zu verstehen und konzentrieren sich daher zum Einen betont auf „Input-Fragen“ der Demokratie¹³ und sind zum Anderen aufgrund der Diskrepanz zwischen dem „Ist“- und dem „Soll“-Zustand auch teils normativ geprägt.

„Beteiligung wird hier nicht nur allein als Methode gesehen, um eine Mehrheitsentscheidung herbeiführen zu können, sondern als Wert an sich, als ethisch-normatives Ziel, das dem/der BürgerIn Klarheit über seine/ihre Interessen verschaffen kann, seinen/ihren Horizont erweitert und das Wissen um gemeinwohlorientierte Lösungen vertieft.“¹⁴

Im Laufe der Jahre und Denkprozesse über Demokratietheorie, verstärkt jedoch seit den 1990er Jahren, haben sich zahlreiche Autoren den beteiligungszentrierten Ansätzen verschrieben sowie unterschiedliche Ideen und Ausprägungen entwickelt¹⁵. Zwei der prominentesten Vertreter dieser Theorieschule sind Jürgen Habermas („Deliberative Demokratie“) und Benjamin Barber („Starke Demokratie“)¹⁶.

Die Prioritätensetzung des partizipatorischen Elements in der Demokratietheorie ist auch im Hintergrund internationaler Entwicklungen zu sehen, insofern als dass die Internationalisierung bzw. Europäisierung von politischen Entscheidungsfindungsprozessen und die damit einhergehende Kompetenzverschiebung nach „oben“ mit erheblichen Demokratiedefiziten und der Verwässerung von zivilbürgerlichen Einflussmöglichkeiten verbunden sei¹⁷, argumentiert etwa Robert Dahl, der wichtige Voraussetzungen für die Theorie der partizipatorischen Demokratie setzte.

2.1. Dahls Polyarchie

Dahl gilt als einer der einflussreichsten Demokratietheoretiker. Er beschreibt eine Idealform der Demokratie (Polyarchie), die durch starke partizipatorische Elemente charakterisiert wird¹⁸:

„(1) wirksame Partizipation, (2) gleiches Wahlrecht und (3) aufgeklärtes Verständnis der erwachsenen Bevölkerung für politische Prozesse; (4) möglichst alle Erwachsenen sollen sich an politischen Prozessen beteiligen und (5) letztlich kontrollieren können, welche Themen auf der politischen Tagesordnung stehen¹⁹.“

Dementsprechend unterscheiden sich Dahls Kriterien für Demokratiequalität auch von den meisten anderen. Der Fokus liegt einerseits klar auf der Rolle einer politisch engagierten Zivilbürgerschaft, andererseits auf den positiven Freiheiten der BürgerInnen:

„(1) Wahl und Abwahl der Amtsinhaber, (2) regelmäßige faire und freie Wahlen, (3) aktives und passives Wahlrecht für nahezu alle Erwachsenen, (4) freie Meinungsäußerung, (5) Informationsfreiheit, (6)

¹³ Vgl. Schmidt 2010, 236

¹⁴ Dachs 2008, 26

¹⁵ Vgl. Schmidt 2010, 237

¹⁶ Vgl. Dachs 2008, 26

¹⁷ Vgl. Dahl 1998, in Dachs 2008, 26

¹⁸ Vgl. Dahl 1989/1998, in Schaller 2002, 1

¹⁹ Schaller 2002, 1

Organisationsfreiheit zur Bildung politischer Parteien und Interessengruppen sowie (7) ein „inklusive Bürgerschaftsstatus“: politische und bürgerliche Rechte sollen für möglichst alle gelten²⁰.“

In der politischen Praxis stellen einige der Punkte westliche demokratische Staaten vor erhebliche Schwierigkeiten. Informationsfreiheit ist beispielsweise in einer individualistisch-pluralistischen Gesellschaftsstruktur nur zu einem gewissen Grad erfüllbar, da selbst wenn für jeden/jede BürgerIn die gesetzlich geschützte Möglichkeit der Informationsbeschaffung besteht, dies an verschiedene Faktoren geknüpft ist, die meist ungleich erfüllt sind. In diesem Zusammenhang sind daher zum Beispiel Fragen der jeweiligen individuellen ökonomischen Situation (ist der/die BürgerIn in der Lage, über Materialien – Internet, Tageszeitung etc. -, die für die Aufnahme von Information notwendig sind, zu verfügen bzw. sind diese zugänglich), oder der kognitiven Voraussetzungen (Bildungsgrad, Intelligenz...) von zentraler Bedeutung. Des Weiteren ist ein „inklusive Bürgerschaftsstatus“, wie er von Dahl definiert wird, in der Realität keinesfalls vollständig erfüllt. Wie bereits zu Anfang erwähnt, werden viele Menschen von partizipatorischen Prozessen ausgeschlossen, selbst wenn sie von den daraus resultierenden Entscheidungen direkt oder indirekt betroffen sind (u.a. Junge Menschen, Nicht-Staatsbürger, Menschen mit Beeinträchtigung[en]).

2.2. Habermas' Deliberative Demokratie

Beteiligungszentrierte Demokratiemodelle setzen prinzipiell ein optimistisches Menschenbild voraus. Im Gegensatz zu repräsentativen, elitistischen oder ökonomischen Theorien wird hier dem/der BürgerIn die Fähigkeit zur politischen Willensbildung und -artikulation zugesprochen. Der Großteil der Theoretiker ist dahingehend jedoch der Auffassung, dass derartige partizipatorische Kompetenzen keinesfalls zwangsläufig vorhanden sind, sondern sich vielmehr erst durch Lern- und Aufklärungsprozesse entwickeln. Demokratie ist in diesem Sinne nicht bloß die Aggregation von Präferenzen, darüber hinaus wird ihr die Aufgabe der Maximierung von Selbstentfaltungs- und Selbstbestimmungschancen zu teil²¹.

Diese Überlegungen werden im Besonderen durch Jürgen Habermas' Theorie der Deliberativen Demokratie getragen, die er aus zwei Ansätzen, dem liberalen und dem republikanischen, zum Teil ableitet, aber auch von diesen abgrenzt. Der liberale Ansatz versteht den demokratischen Prozess als Mittel, um die Funktion des Staates als Volksvertretung herbeizuführen. Dieser fungiert als öffentliche Verwaltung, während die Gesellschaft das Spielfeld für die marktwirtschaftliche Ordnung darstellt. Die Politik hat als interagierender Akteur die Aufgabe, die Privatinteressen der Bevölkerung zu aggregieren und durchzusetzen. Die republikanische Theorie definiert neben den Ebenen von Administration und Eigeninteressen des/der Bürgers/in die Solidarität als wesentlichen Bestandteil einer demokratischen Ordnung. Im liberalen Demokratieverständnis verfügt der/die StaatsbürgerIn über private als auch politische Rechte, welche sich durch die Möglichkeit zur politischen Partizipation äußern und eine Art Kontrollfunktion zur administrativen Ebene darstellen. Diese Rechte sind negativ, d.h. sie sind negativ sanktioniert und gewähren den BürgerInnen ein Handeln innerhalb gesetzlich geregelter Rahmenbedingungen. Im Gegensatz dazu werden dem/der StaatsbürgerIn nach republikanischer Idee

²⁰ Schaller 2002, 2

²¹ Vgl. Schmidt 2010, 241

positive Freiheiten zugestanden, die sie zum kollektiven Handeln motivieren sollen. Die staatliche Gewalt legitimiert sich dadurch, dass sie diese Rechte schützt und politische Willens- und Meinungsfreiheit gewährleistet, wodurch die Herstellung des Gemeinwohls ermöglicht werden soll. Während die Natur des politischen Prozesses im liberalen Ansatz vom Machtkampf zwischen Parteien bzw. politischen Akteuren, welche um die Gunst der WählerInnenstimmen konkurrieren, bestimmt wird, wodurch auch der politische Meinungs- und Willensbildungsprozess beeinflusst wird, sieht sie der republikanische Ansatz vor allem durch die Kommunikation definiert, die zwischen gesellschaftlicher und administrativer Ebene betrieben wird. Habermas' deliberative Politik bezieht sich auf die Kommunikationsformen innerhalb einer Gesellschaft. Im Unterschied zur republikanischen Idee resultiert der Gemeinwille nicht zwangsläufig aus der ethischen Selbstverständlichkeit, sondern ist auch durch Interessenausgleich, Kompromiss, zweckrationale Mittelwahl, moralische Begründung sowie rechtliche Kohärenzprüfung zu erreichen. Dies findet sowohl in der politischen Partizipation der BürgerInnen als auch in der Willens- und Entscheidungsfindung auf politisch (-administrativer) Ebene Ausdruck. Daraus würden sich laut Habermas die praktische Vernunft und in weiterer Folge ethische Grundsätze, Sittlichkeit sowie universale Menschenrechte herauskristallisieren. Habermas unterscheidet darüber hinaus zwischen politischen und privaten Bürgerrechten. Beide zielen darauf ab, individuelle Autonomie und Gleichursprünglichkeit zu sichern. Da die politischen Rechte grundlegend für die Teilnahme an der politischen Kommunikation und Partizipation und private Rechte durch ihren intrinsischen Wert nicht objektiv messbar seien, stellen für Habermas erstere eine besonders große Bedeutung in der Wechselbeziehung von Volkssouveränität und Menschenrechten dar. Doch auch in Hinblick auf die Output-Funktion liefert Habermas richtungsweisende Überlegungen, indem er rechtliche Regelungen dann als legitim auffasst, wenn sie mit den moralischen Grundsätzen übereinstimmen, welche auch über die jeweilige Gruppe, Organisation, Gemeinschaft etc. hinaus allgemeine Geltung beanspruchen. Des Weiteren müsse jedem/jeder BürgerIn gleichermaßen Autonomie gewährleistet werden, d.h. die Gleichstellung vor dem Gesetz gegeben sein²².

Diese Definition würde jedem Staat, der etwa ethnische oder religiöse Gruppen diskriminiert, den Status des Rechtsstaates entziehen, sofern er sich als solcher bezeichnet. Inwiefern beispielsweise das Verbot der Eheschließung für Gleichgeschlechtliche Paare einen Einschnitt bedeuten würde, ist schwer zu sagen. Auch ist der Begriff „allgemeine Geltung“ etwas problematisch, da der Anspruch auf die Richtigkeit von ethischen Grundsätzen nie vollständig erhoben werden kann. Hingegen können, um ein anschauliches Beispiel zu nennen, Mitgliedstaaten der Europäischen Union innerhalb dieser Gemeinschaft Geltungsanspruch auf den Titel „Rechtsstaat“ erheben, sofern die Kriterien, welche den Werten der EU entsprechen, erfüllt werden. Selbiges gilt auch für Mitgliedstaaten der UNO, wenn sie die UN-Menschenrechtskonvention rechtsstaatlich legitim umsetzen.

Nach Ansicht von Maeve Cooke, die sich kritisch mit der Deliberativen Demokratietheorie von Habermas u.a. auseinandersetzt, hat Partizipation zwar positive Auswirkungen auf die moralische und intellektuelle Verfasstheit der partizipierenden Individuen („educative power“)²³, die gemeinschaftliche Identität und

²² Vgl. Habermas 1996, 277ff

²³ Vgl. Cooke 2000, 948

Diskursqualität der BürgerInnen („community-generating power“)²⁴ sowie den Grad an Gerechtigkeit und demokratischer Legitimität von politischen Outcomes („Fairness of Democratic Outcomes“)²⁵, verbessert jedoch nicht die Qualität des politischen Outputs. Nun ist die Frage nach der Qualität nur bedingt objektiv erfahrbare, zumal beispielsweise auch die verschiedenen Parteien, Interessensvertretungen und die Zivilgesellschaft, sei es nach pragmatischen Vorstellungen oder Ideologien, die Outputs unterschiedlich bewerten werden. Jedenfalls würde ich den Grad an Gerechtigkeit und demokratischer Legitimität eines politischen Outcomes, wie etwa von Habermas definiert, als wesentlichen Faktor zur Messung der Outputqualität betrachten.

2.3. Barbers Starke Demokratie

Benjamin Barbers Modell der „starken Demokratie“ definiert das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Politik dahingehend, dass sich die Bürger selbst regieren. Das oberste Prinzip ist die politische Partizipation, ermöglicht durch die Schaffung institutioneller Voraussetzungen. Im Mittelpunkt steht außerdem die Bildung einer Gemeinschaft, welche die Interessen einer modernen, pluralistischen Gesellschaft zu vertreten im Stande ist. Werte wie Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit sind Nebenprodukte aus der Selbstverständlichkeit der politischen Gemeinschaft, welche durch konstruktive Interaktion legitime Entscheidungen trifft. Der Bürger agiert nicht nur in Gemeinschaften, er definiert sich auch über kollektive Identitäten. Die Entscheidungsfindung erfolgt nicht unbedingt durch Diskurs, sondern durch einen feststehenden Konsens innerhalb einer Gruppe. Institutionen müssen seiner Ansicht nach zunächst über den idealtypischen Status hinausgehen und in der Praxis politische Partizipation und Kommunikation der Bürger garantieren und als vollständiger Ersatz der repräsentativen Institutionen fungieren können. Des Weiteren müssen liberale Werte (Toleranz, Gleichheit, Solidarität...) institutionalisiert und vom Volk akzeptiert werden. Eine wichtige Rolle spielen für Barber letztlich auch die Kapazität und das Funktionieren der Institutionen im politisch-demokratischen Prozess²⁶.

„Die starke Demokratie setzt kein grenzenloses Vertrauen in die Fähigkeit der Individuen, sich selbst zu regieren, hält aber wie Machiavelli daran fest, daß (sic.) die Menge im großen (sic.) und ganzen eben so (sic.) einsichtig, wenn nicht gar einsichtiger als die Fürsten sein wird. Sie pflichtet Theodore Roosevelts Ansicht bei, daß (sic.) <die Mehrheit des einfachen Volkes tagein tagaus weniger Fehler machen wird, wenn sie sich selbst regiert als jene kleine Gruppe von Männern, die versucht das Volk zu regieren>“²⁷.

Benjamin Barber scheint also nicht nur davon überzeugt, dass politische Partizipation den gesellschaftlichen Prozess und die Entwicklung einer Wertegemeinschaft, einer Bürgerschaft, die sich politisch engagiert, fördert, sondern auch den politischen Output verbessert, weil er eben von den Regierten selbst geschaffen wurde. Das Modell der Starken Demokratie sieht Barber durch folgende Maßnahmen realisierbar:

²⁴ Vgl. Cooke 2000, 949f

²⁵ Vgl. Cooke 2000, 950f

²⁶ Vgl. Barber 1994, 99ff

²⁷ Internetquelle 4

1. Ein System von Nachbarschaftsversammlungen auf kommunaler Ebene, die nicht nur eine Beratungsfunktion haben, sondern auch legislative Aufgaben wahrnehmen können.
2. Eine Art nationale Kommunikationsgenossenschaft, die lebendige Debatten und Diskussionen zur Förderung der kollektiven Staatsbürgerschafts-Identität und Partizipation ermöglichen soll.
3. Kommunikationsdienste zur Schaffung von Informationsgleichheit und zur staatsbürgerlichen Erziehung.
4. Gewährleistung des zivilbürgerlichen Einflusses in das Justizsystem.
5. Einsatz direktdemokratischer Mittel (Volksbegehren und Volksabstimmungen) bei der Gesetzgebung des nationalen Parlaments.
6. Versuche mit elektronischer Abstimmung.
7. Einsetzung von Losentscheidungen zur Besetzung kommunaler Ämter in ausgewählten Bereichen mithilfe von finanziellen Anreizen.
8. Einführung eines Gutscheinsystems für ausgewählte Schulen, öffentlichen Wohnungsbau sowie Transport und Verkehr.
9. Allgemeiner Bürgerdienst, Möglichkeit eines Militärdienstes für alle BürgerInnen.
10. Finanzierung von kommunalen Programmen mit Freiwilligen.
11. Förderung alternativer Wirtschaftsformen bzw. Demokratisierung der Arbeitswelt.
12. Eine neue Architektur des öffentlichen Raumes²⁸.

Nun sind viele dieser Punkte in europäischen demokratischen Systemen, unabhängig davon, als wie sinnvoll man sie erachtet, kaum oder gar nicht realisiert, bzw. wenn, dann werden sie eher durch zivilbürgerliches als durch politisches Engagement getragen. Zudem ist hier die kommunale Ebene, auf der es in einigen Fällen durchaus einige Versuche gibt, Maßnahmen zur „Stärkung“ der Demokratie umzusetzen, von der nationalen zu unterscheiden. Barbers Vorschläge zur Etablierung einer Starken Demokratie sollen jedoch als Orientierung für die im empirischen Teil aufgestellten Kriterien für den Grad an Partizipation und direkter Demokratie in politischen Systemen dienen.

Dem demokratiethoretischen und normativen Rahmen folgt nun der empirische Teil, in dem nicht die Ansätze der vorangegangenen Theorien im Speziellen, sondern das partizipatorische und direktdemokratische Element an sich überprüft werden soll, und zwar anhand der Übertragung auf die Praxis in europäischen Staaten und politischen Systemen.

3. Direkte Demokratie und Partizipation in der Praxis

3.1. Bildung der Forschungshypothesen

Auf Basis der demokratiethoretischen Überlegungen werden den eingangs formulierten Forschungsfragen nun Hypothesen untergeordnet, die im Anschließendenden überprüft werden sollen. Die

²⁸ Vgl. Barber 1996, in Internetquelle 4

folgenden Aussagen sind als Abbild der Erwartungshaltungen jener Menschen zu verstehen, die sich für mehr politische Teilhabe und Teilhaberechte sowie die Ausweitung direktdemokratischer Elemente einsetzen.

Input-Hypothesen:

H1: Je höher der Grad an direkter Demokratie, desto höher ist die politische Partizipation in der Bevölkerung.

H2: Je höher der Grad an direkter Demokratie, desto höher ist das Vertrauen der Bevölkerung in politische Eliten und Institutionen sowie in die Demokratie selbst.

Output-Hypothese:

H3: Je höher der Grad an direkter Demokratie, desto eher fördert der politische Output den Grad an Gerechtigkeit in der Gesellschaft, das Gemeinwohl des Volkes sowie demokratische Grundprinzipien.

Wie den Hypothesen zu entnehmen ist, stellt der Grad an direkter Demokratie in allen drei Fällen die unabhängige Variable dar. Deshalb soll in einem ersten Schritt eine Skalierung vorgenommen werden, mit deren Hilfe diese Variable für die ersten beiden Hypothesen quantitativ messbar gemacht werden kann. In weiterer Folge werden die Abhängigen Variablen der Input-Hypothesen nacheinander ebenfalls skaliert, um dann einen eventuellen Zusammenhang mit der Unabhängigen Variable feststellen zu können. Letztendlich folgt eine qualitative Analyse der Output-Hypothese anhand eines Fallbeispiels.

3.2. Skalierung der Unabhängigen Variable

Zur Frage des Grades an direkter Demokratie hat eine Arbeitsgruppe der Stiftung „Initiative & Referendum Institute Europe“ bereits eine umfangreiche Analyse für 32 europäische Staaten für das Jahr 2002 vorgenommen, darunter die damaligen 15 EU-Mitglied- und 13 Kandidatenstaaten sowie die Mitglieder der EFTA, Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Die Wertung der einzelnen Staaten erfolgte auf der Basis folgender Kriterien²⁹:

- (1) die Frage nach dem Vorhandensein von Institutionen und Praktiken auf der gesamtstaatlichen Ebene
- (2) Vorhandensein von Institutionen und Praktiken, die von den BürgerInnen selbst ausgelöst werden können, wie z.B. Volksinitiative und fakultatives Referendum
- (3) Vorhandensein von Regelungen obligatorischer Referenden, wie sie zum Beispiel in Dänemark und Irland in Europafragen zur Anwendung kommen bzw. gekommen sind.

²⁹ Vgl. Gross/Kaufmann 2002, 14

Je nachdem, wie die einzelnen Länder diese Kriterien erfüllten, wurden sie in Kategorien eingeteilt, von denen es insgesamt sechs gibt³⁰:

- (1) *Die Avantgardisten*: BürgerInnen verfügen über ein breites Spektrum an direktdemokratischen Verfahren. Dazu gehören neben der verbindlichen Volksinitiative auch das fakultative Referendumsrecht sowie obligatorische Referenden für Verfassungsänderungen und Staatsverträge.
- (2) *Die Demokraten*: BürgerInnen verfügen mindestens zum Teil über Möglichkeiten, ohne ausdrückliche Zustimmung anderer Staatsorgane gesamtstaatliche Volksabstimmungen auszulösen bzw. es existieren Verfahren obligatorischer Referenden.
- (3) *Die Vorsichtigen*: Zwar verfügen die Stimmberechtigten in diesen Ländern über praktische Erfahrungen mit Volksinitiativen und/oder gesamtstaatlichen Referenden. Allerdings sind diese Verfahren tendenziell plebiszitär, d.h. sie werden nicht durch die BürgerInnen selbst oder das Recht geschützt und kontrolliert, sondern „von oben“, durch das Parlament oder die Exekutive.
- (4) *Die Ängstlichen*: Die politischen Eliten scheinen sich vor der politischen Mitsprache der BürgerInnen zu fürchten, sei es aus Angst vor einer Machtteilung oder historischen Erfahrungen. Immerhin existieren auch hier noch einzelne rechtliche Verfahrensansätze, die für eine Verbesserung genutzt werden könnten.
- (5) *Die Hoffnungslosen*: Fast ohne institutionelle Verfahren und praktische Erfahrungen ist die Ergänzung der indirekten Demokratie äußerst schwer. Zudem bilden die politischen und kulturellen Rahmenbedingungen kaum Anreize zur Einführung oder Stärkung direktdemokratischer Elemente. Einschlägige Debatten kommen aber zum Teil vor.
- (6) *Die Schlusslichter*: In diesen Staaten gibt es derzeit überhaupt keine Anhaltspunkte für direktdemokratische Entwicklungen, wobei hier auch die Rahmenbedingungen der indirekten Demokratie zu kritisieren sind.

Die einzelnen Staaten wurden wie folgt in diese Kategorien eingeteilt. Zur weiteren Differenzierung und Verfeinerung des Qualitätsunterschiedes wurde jede Kategorie nochmals unterteilt in A und B³¹.

- (1) A: -
B: Liechtenstein, Schweiz
- (2) A: Italien, Slowenien, Lettland
B: Irland, Dänemark, Litauen, Slowakei, Niederlande
- (3) A: Frankreich, Spanien, Österreich
B: Schweden, Norwegen, Ungarn
- (4) A: Großbritannien, Finnland, Estland, Belgien
B: Island, Luxemburg, Deutschland, Griechenland, Tschechische Republik
- (5) A: Rumänien, Portugal
B: Bulgarien, Malta
- (6) A: Zypern
B: Türkei

³⁰ Vgl. Gross/Kaufmann 2002, 14f

³¹ Vgl. Gross/Kaufmann 2002, 15

Im Zuge einer quantitativen Analyse werden die Länder mit einer Skalierung versehen, die sie von 1 bis 11 reiht (1A wurde nicht vergeben, da die Autoren der Meinung sind, dass auch in Staaten der Kategorie „Avantgardisten“ Reformbedarf bestehe³²). Die unabhängige Variable wird mit der Bezeichnung „Ausprägung der direkten Demokratie“ kategorisiert. Die Ausprägungen der Variable reichen allerdings aufsteigend von 1 (sehr gering) bis 11 (sehr hoch). Die Studie des „Initiative & Referendum Institutes of Europe“ spiegelt die Verhältnisse aus dem Jahr 2002 wieder. Der Zeitraum für die Untersuchung der Hypothesen ist tatsächlich irrelevant, solange dieser auch, soweit möglich, für die Messung der Abhängigen Variablen gilt.

3.3. Skalierung der Abhängigen Variable aus der Hypothese H1

Die politische Partizipation in der Bevölkerung ist mit Sicherheit, und wie auch aus dem demokratiethoretischen Diskurs abzulesen ist, an einer Vielzahl an Faktoren festzumachen. Dadurch, dass die europäischen Staaten, welche hier zum Vergleich stehen, jedoch unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen aufweisen, wäre es unmöglich, unkonventionelle Partizipationsformen als Maßstab zu nehmen. Daher soll die Ausprägung der Partizipation anhand des Beteiligungsgrades der BürgerInnen an nationalen Parlamentswahlen gemessen werden. In der folgenden Liste werden nun die einzelnen Wahlbeteiligungen der jeweils letzten nationalen Parlamentswahl vor 2002 angeführt³³. Impliziert werden hier auch alle ungültigen Stimmen, da auch in diesem Fall die Partizipation an der Wahl prinzipiell gegeben ist.

Land	Jahr	Wahlbeteiligung (in %)
Belgien	1999	90,6
Bulgarien	2001	66,6
Dänemark	1998	85,9
Deutschland	1998	82,2
Estland	1999	57,4
Finnland	1999	65,3
Frankreich	1997	68,0
Griechenland	2000	75,0
Großbritannien	2001	59,4
Irland	1997	66,1
Island	1999	84,1
Italien	2001	81,4
Lettland	1998	71,9
Liechtenstein	2001	86,7
Litauen	2000	58,2
Luxemburg	1999	86,5
Malta	1998	95,4
Niederlande	1998	73,2
Norwegen	2001	75,0
Österreich	1999	80,4
Portugal	1999	61,0
Rumänien	2000	65,3
Schweden	1998	81,4

³² Vgl. Gross/Kaufmann 2002, 15

³³ Daten entnommen aus Pintor/Gratschew 2002, 126ff

Schweiz	1999	43,2
Slowakei	1998	84,2
Slowenien	2000	70,4
Spanien	2000	68,7
Tschechische Republik	1998	74,0
Türkei	1999	87,1
Ungarn	1998	56,7
Zypern	2001	91,8

Hinsichtlich der Überprüfung auf einen Zusammenhang mit der Unabhängigen Variable müssen aus dieser Abhängigen Variable zwei Fälle, nämlich Belgien und Liechtenstein ausgeschlossen werden, das diese aufgrund der dort geltenden Wahlpflicht das Bild der Partizipation in einem ungewissen Ausmaß verfälschen.

3.4. Überprüfung der Hypothese H1

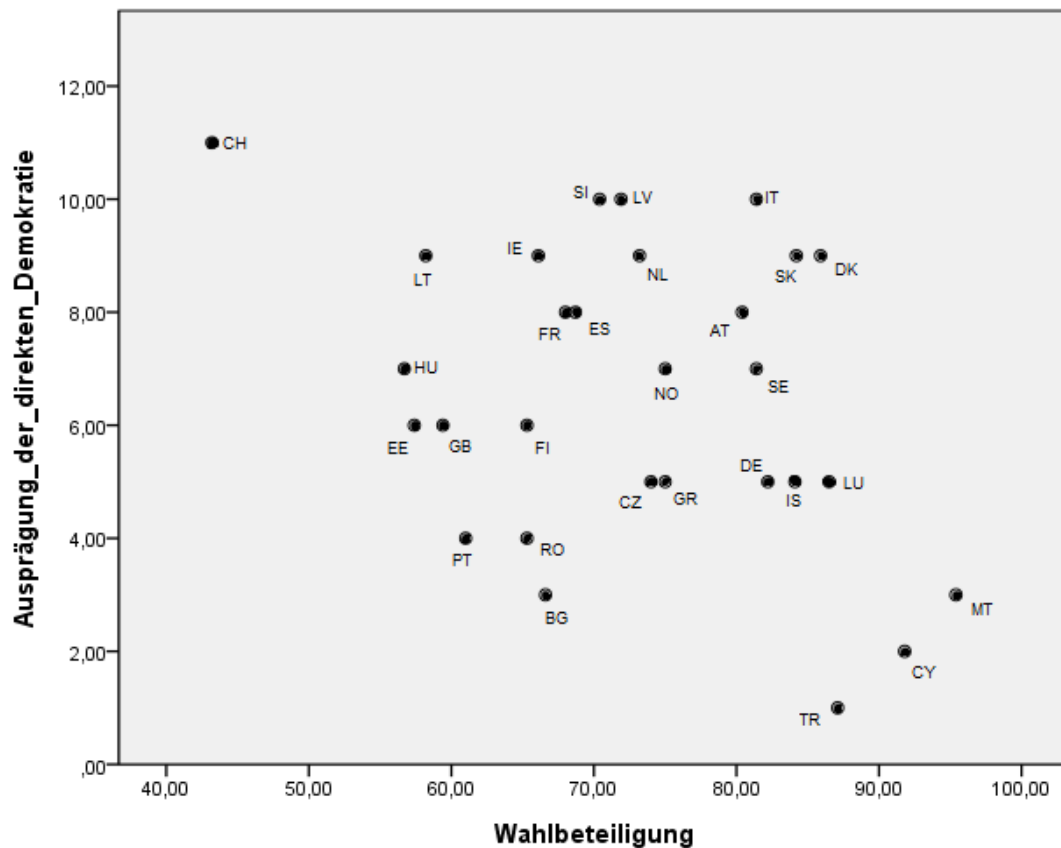
Für die Überprüfung der Hypothese H1, wie auch der anderen Hypothesen, wird im SPSS Statistikprogramm der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen untersucht. Da die Unabhängige Variable „Ausprägung der direkten Demokratie“ zwar in der Form eines ordinalen Skalenniveaus angeordnet ist, weil die Unterschiede zwischen den einzelnen Ausprägungen undefiniert sind, diese jedoch mit 11 zahlenmäßig in ein metrisches Schema fallen und jedenfalls die Abhängige Variable „Wahlbeteiligung“ metrisch skaliert ist, wird für die Messung der Korrelation „Person's r“ herangezogen. Daraus ergibt sich die folgende Tabelle:

	Ausprägung_der_direkten_Demokratie	Wahlbeteiligung
Ausprägung_der_direkten_Demokratie	1	-,359*
Pearson Correlation		,028
Sig. (1-tailed)		
N	29	29
Wahlbeteiligung	-,359*	1
Pearson Correlation		,028
Sig. (1-tailed)		
N	29	29

*. Correlation is significant at the 0.05 level (1-tailed).

Der Tabelle ist zunächst zu entnehmen, dass der Zusammenhang zwischen den beiden Variablen mittel bis hochsignifikant ist, die Nullhypothese, wonach keine Korrelation vorherrscht, also mit einer 5-prozentigen Wahrscheinlichkeit zutrifft. Allerdings, und das ist das erstaunliche, besteht zwischen die beiden Variablen ein negativer Zusammenhang. Dementsprechend wird also die Höhe der Wahlbeteiligung zwar leicht durch den Grad an direkter Demokratie in einem Staat beeinflusst, nicht mit dessen Anstieg, sondern mit dessen Sinken steigt jedoch die Wahlbeteiligung. Im folgenden Streudiagramm wird dies verdeutlicht, wobei im Besonderen zu erkennen ist, dass zwischen den beiden Variablen kein

nennenswerter Zusammenhang besteht und 4 der 29 untersuchten Fälle als „Ausreißer“ bezeichnet werden können.



AT	Österreich
BG	Bulgarien
CH	Schweiz
CY	Zypern
CZ	Tschechische Republik
DE	Deutschland
DK	Dänemark
EE	Estland
ES	Spanien
FI	Finnland
FR	Frankreich
GB	Großbritannien
GR	Griechenland
HU	Ungarn
IE	Irland

IS	Island
IT	Italien
LT	Litauen
LU	Luxemburg
LV	Lettland
MT	Malta
NL	Niederlande
NO	Norwegen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SE	Schweden
SI	Slowenien
SK	Slowakei
TR	Türkei

Das Paradebeispiel für einen negativen Zusammenhang liefert hier die Schweiz (links oben), die den höchsten Grad an direkter Demokratie, aber gleichzeitig auch die niedrigste Wahlbeteiligung aufweist. Demgegenüber stehen die Staaten Malta, Zypern und die Türkei, für die das gegenteilige zutrifft.

Hinsichtlich dieser Komponenten lässt sich also feststellen, dass sich die Hypothese H1, nimmt man die Wahlbeteiligung als Gradmesser der Partizipation, somit nicht bestätigt.

3.5. Skalierung der Abhängigen Variable aus der Hypothese H2

Die Abhängige Variable der Hypothese H2 besteht eigentlich aus zwei oder mehreren untergeordneten Abhängigen Variablen. So lässt sich doch das Vertrauen der BürgerInnen in politische Institutionen und Eliten von der Zufriedenheit mit der Demokratie unterscheiden, dennoch charakterisieren sie beide dieselbe Input-Funktion. Als Quelle wird hier die „European Value Study“ herangezogen³⁴, in der Befragungen in 30 der im vorherigen Vergleich verwendeten Länder und eben auch zu diesen beiden Komponenten durchgeführt wurden. Lediglich Liechtenstein wurde im Datensatz nicht berücksichtigt. Die Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Demokratie soll durch die im Fragenkatalog gestellte Frage „are you satisfied with democracy“ (Q64), das Vertrauen in politische Institutionen und Eliten mit der Frage „how much confidence in: parliament (Q63G) eruiert werden. Das Parlament stellt für mich hier die Verbindung zwischen Eliten und einer politischen Institution dar. Möglich wäre darüber hinaus auch noch die Frage nach dem Vertrauen in die jeweilige Regierung, allerdings ist hier ein Meinungsbild von zu vielen externen Faktoren abhängig, nicht zuletzt vor allem durch die Arbeit der Regierung selbst, während das Parlament in der Regel konstantere Vertrauenswerte aufweist.

3.6. Überprüfung der Hypothese H2

Bevor die beiden abhängigen Variablen „how much confidence in: parliament“ und „are you satisfied with democracy“ der Unabhängigen Variable gegenübergestellt werden, sollen die Ausprägungen „a great deal“, „quite a lot“, „not very much“ und „none at all“ bzw. „very satisfied“, „rather satisfied“, „not very satisfied“ und „not at all satisfied“ in vereinfachte und übersichtlichere Codes, nämlich „high satisfaction“ und „low satisfaciton“ bzw. „high confidence“ und „low confidence“ transformiert werden. Da beide abhängigen Variablen dem ordinalen Skalenniveau zuzuordnen sind, wird ein möglicher Zusammenhang durch die ordinalen Korrelationskoeffizienten „Gamma“, „Somers's d“ sowie „Kendall's tau-a“ und „Kendall's tau-b“ gemessen. Zudem werden die Ergebnisse in einer Kreuztabelle dargestellt. Die Unabhängige Variable („Ausprägung der direkten Demokratie“ / „level of direct democracy in country“) ist hier von 1 („very high“) bis 11 („very low“) gereiht. Ausgeschlossen sind jene Fälle, die auf Staaten außerhalb des Untersuchungsrahmens zutreffen. Die einzelnen Staaten werden hier nicht einzeln angezeigt, sondern bereits je nach Ausprägung der direkten Demokratie angeordnet.

³⁴ <http://www.europeanvaluesstudy.eu/>

level of direct democracy in country * how much confidence in: parliament Crosstabulation

			how much confidence in: parliament		Total
			high confidence	low confidence	
level of direct democracy in country	very high	Count % within level of direct democracy in country	714 63,5%	410 36,5%	1124 100,0%
	2	Count % within level of direct democracy in country	1383 32,9%	2820 67,1%	4203 100,0%
	3	Count % within level of direct democracy in country	3125 46,2%	3635 53,8%	6760 100,0%
	4	Count % within level of direct democracy in country	1852 43,4%	2418 56,6%	4270 100,0%
	5	Count % within level of direct democracy in country	1656 45,2%	2010 54,8%	3666 100,0%
	6	Count % within level of direct democracy in country	1870 33,5%	3709 66,5%	5579 100,0%
	7	Count % within level of direct democracy in country	2809 37,5%	4687 62,5%	7496 100,0%
	8	Count % within level of direct democracy in country	909 31,8%	1948 68,2%	2857 100,0%
	9	Count % within level of direct democracy in country	941 32,8%	1929 67,2%	2870 100,0%
	10	Count % within level of direct democracy in country	522 57,7%	383 42,3%	905 100,0%
	very low	Count % within level of direct democracy in country	1272 57,7%	934 42,3%	2206 100,0%
Total	Count % within level of direct democracy in country	17053 40,7%	24883 59,3%	41936 100,0%	

Bereits aus dieser Kreuztabelle wird sichtbar, dass hier zwischen den beiden Variablen kein wesentlicher Zusammenhang besteht. Während die Befragten aus der Schweiz, dem Land mit dem höchsten Grad an direkter Demokratie, dem nationalen Parlament das größte Vertrauen aussprechen, ist dieser Wert in den beiden Ländern mit der geringsten Ausprägung der direkten Demokratie, nämlich die Türkei und Zypern, ebenfalls vergleichsweise hoch. Auffallend ist allerdings, dass von der Staatengruppe 3-5 auf der Skala der direkten Demokratie zur Gruppe 6-9 ein leichter Unterschied im Vertrauen der BürgerInnen in das Parlament feststellbar ist, und zwar der Hypothese entsprechend.

Directional Measures

			Value	Asymp. Std. Error ^a	Approx. T ^b	Approx. Sig.
Ordinal by Ordinal	Somers' d	Symmetric	,016	,004	4,029	,000
		level of direct democracy in country Dependent	,023	,006	4,029	,000
		how much confidence in: parliament Dependent	,013	,003	4,029	,000

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

Symmetric Measures

		Value	Asymp. Std. Error ^a	Approx. T ^b	Approx. Sig.
Ordinal by Ordinal	Kendall's tau-b	,017	,004	4,029	,000
	Kendall's tau-c	,022	,006	4,029	,000
	Gamma	,026	,006	4,029	,000
N of Valid Cases		41936			

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

Die Korrelationskoeffizienten bestätigen diese Annahme mit einer starken Abschwächung. Zwar wird die Signifikanz als höchst wahrscheinlich eingestuft, die Werte aller 4 Messungen zeigen jedoch, dass hier nur ein sehr geringer Zusammenhang zwischen den beiden Variablen besteht. Demnach kann die Hypothese aufgrund dieser Erkenntnisse nicht bestätigt werden.

level of direct democracy in country * are you satisfied with democracy Crosstabulation

			are you satisfied with democracy		Total
			high satisfaction	low satisfaction	
level of direct democracy in country	very high	Count	923	264	1187
		% within level of direct democracy in country	77,8%	22,2%	100,0%
2		Count	1524	2652	4176
		% within level of direct democracy in country	36,5%	63,5%	100,0%
3		Count	3533	3064	6597
		% within level of direct democracy in country	53,6%	46,4%	100,0%
4		Count	2204	2197	4401
		% within level of direct democracy in country	50,1%	49,9%	100,0%
5		Count	1785	1804	3589
		% within level of direct democracy in country	49,7%	50,3%	100,0%
6		Count	2511	2834	5345
		% within level of direct democracy in country	47,0%	53,0%	100,0%
7		Count	3911	3524	7435
		% within level of direct democracy in country	52,6%	47,4%	100,0%

8	Count	1125	1706	2831
	% within level of direct democracy in country	39,7%	60,3%	100,0%
9	Count	1119	1747	2866
	% within level of direct democracy in country	39,0%	61,0%	100,0%
10	Count	731	230	961
	% within level of direct democracy in country	76,1%	23,9%	100,0%
very low	Count	1289	954	2243
	% within level of direct democracy in country	57,5%	42,5%	100,0%
Total	Count	20655	20976	41631
	% within level of direct democracy in country	49,6%	50,4%	100,0%

Das Bild in dieser Kreuztabelle zeigt einige Ähnlichkeiten zur vorherigen, Wiederum bestätigt die Schweiz als einziges Land den Zusammenhang zwischen dem Grad an direkter Demokratie und der abhängigen Variable, in dem Fall die Zufriedenheit mit der Demokratie. Allerdings ist bei den restlichen Staaten hier keine eindeutige Tendenz zu erkennen und auch in der Mitte des Feldes sogar in noch abgeschwächter Form als beim Beispiel zuvor.

Directional Measures

			Value	Asymp. Std. Error ^a	Approx. T ^b	Approx. Sig.
Ordinal by Ordinal	Somers' d	Symmetric	-,002	,004	-,455	,649
		level of direct democracy in country Dependent	-,003	,006	-,455	,649
		are you satisfied with democracy Dependent	-,001	,003	-,455	,649

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

Symmetric Measures

		Value	Asymp. Std. Error ^a	Approx. T ^b	Approx. Sig.
Ordinal by Ordinal	Kendall's tau-b	-,002	,004	-,455	,649
	Kendall's tau-c	-,003	,006	-,455	,649
	Gamma	-,003	,006	-,455	,649
N of Valid Cases		41631			

a. Not assuming the null hypothesis.

b. Using the asymptotic standard error assuming the null hypothesis.

Die ordinalen Korrelationsmaße deuten weder eine hohe Signifikanz, noch einen relevanten Zusammenhang zwischen den beiden Variablen an. Aus diesem Grund, und auch im Hintergrund des vorherigen Beispiels ist die Hypothese H2 nach diesem Stand zu verwerfen. Dies bedeutet natürlich nicht, dass sie eindeutig widerlegt werden kann, aufgrund der Ergebnisse aus der quantitativen Analyse kann sie jedoch in ihrer Aussage derzeit nicht bestätigt werden.

3.7. Überprüfung der Hypothese H3

Die Überprüfung der letzten Hypothese, die sich auf den politischen Output bezieht, ist quantitativ nur schwer umzusetzen. Daher soll eine qualitative Analyse eines Fallbeispiels erfolgen. Ideal dafür scheint jener Staat zu dienen, welcher als Musterbeispiel der praktizierten direkten Demokratie gilt, nämlich die Schweiz. Das Volk hat hier in wesentlichen Fragen das letzte Wort und verfügt über vielfältige Möglichkeiten, politische Initiative zu ergreifen, auch in der Gestaltung von Gesetzen. Das wichtigste Element ist die Volksabstimmung, die nach Parlamentsbeschlüssen in einigen Fällen obligatorisch stattzufinden hat („obligatorisches Referendum“) und in anderen durch BürgerInneninitiative fakultativ eingesetzt werden kann („fakultatives Referendum“), oder durch Initiative aus dem Volk sogar die Verfassung abändern kann. Seit 1848 gab es in der Schweiz mehr als 500 Volksabstimmungen, wovon an die 180 auf Initiative des Volkes durchgeführt wurden. Bisher wurden jedoch nur 15 dieser Initiativen in den Abstimmungen angenommen. Die Stimmbeteiligung bei den Referenden liegt tendenziell unter der 50%-Marke³⁵.

Im Hinblick auf die Überprüfung der Hypothese wird also zunächst impliziert, dass der Grad an direkter Demokratie in der Schweiz sehr hoch, dies bestätigen zahlreiche Volksinitiativen und Referenden über einen sehr langen Zeitraum. Der politische Output stellt in diesem Fall die Abhängige Variable dar und soll durch die Entscheidungen der Volksabstimmungen repräsentativ analysiert werden. Es geht also konkret um die Frage, inwiefern diese Volksentscheide hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Gerechtigkeit in der Gesellschaft, das Gemeinwohl des Volkes sowie demokratische Grundprinzipien zu bewerten sind. Dazu werden alle in der Schweiz im Zeitraum von 1990 bis 2013 abgehaltenen Referenden untersucht³⁶ und, sofern zutreffend, in eine von zwei Kategorien eingeteilt, um letzten Endes ein Gesamtbild zu erhalten. Diese Kategorien enthalten also jene Volksabstimmungen, mit Hilfe deren Zustandekommen und Ausgang eine Differenzierung zu politischen Systemen vorgenommen werden kann, in denen direkte Demokratie weniger ausgeprägt ist. Ausgenommen sind daher in jedem Fall Referenden, die vom Volk initiiert wurden, jedoch von der Mehrheit der Bevölkerung nicht angenommen wurden sowie Referenden, die entweder obligatorisch aufgrund einer Verfassungsänderung oder fakultativ aufgrund einer Volksinitiative über Bundesbeschlüsse abgehalten und von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen wurden. In beiden Fällen wurden zwar Mittel der direkten Demokratie eingesetzt, diese haben aber keine politische Veränderung herbeigeführt.

Kategorie 1 – Hypothese bekräftigend

Obligatorische und fakultative Referenden über Gesetzesbeschlüsse, die die Gerechtigkeit in der Gesellschaft, das Gemeinwohl des Volkes oder demokratische Grundprinzipien verletzt hätten und vom Volk abgelehnt wurden.

Vom Volk initiierte Referenden über Gesetzesvorschläge, die die Gerechtigkeit in der Gesellschaft, das Gemeinwohl des Volkes oder demokratische Grundprinzipien fördern und vom Volk angenommen wurden.

³⁵ Vgl. Internetquelle 5

³⁶ Vgl. Internetquelle 6

23.09.1990. **Volksinitiative „Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)“**: wurde von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Im Zuge der Atomkatastrophe von Tschernobyl richtete sich diese Initiative gegen den Bau eines Atomkraftwerkes und verlangte darüber hinaus ein Bauverbot von Atomkraftwerken in den nächsten zehn Jahren nach der Abstimmung. Dies war eine wichtige Initiative gegen die Ausweitung der Atomkraftförderung, dessen Risiken für die Bevölkerung und Auswirkungen auch auf zukünftige Generationen hinlänglich bekannt sind³⁷.

27.11.2005. **Volksinitiative für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft**: wurde von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Die Initiative geht weiter als das 2004 in Kraft getretene Gentechnikgesetz, das zum einen das Halten von gentechnisch veränderten Tieren in der Landwirtschaft verbietet und zum andern für die Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen ein umfassendes Prüfverfahren vorschreibt, indem sie ein gänzlich Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft vorsieht, um Mensch, Tier und Umwelt noch besser vor negativen Auswirkungen der Gentechnologie zu schützen³⁸.

03.03.2013. **Volksinitiative gegen die Abzockerei**: wurde von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Die Initiative spricht sich gegen zu hohe Managergehälter aus und räumt den Aktionären in börsenorientierten Unternehmen mehr Rechte ein, eben auch die Höhe der Spitzengehälter zu bestimmen. Sondervergütungen wie Abgangsabfindungen oder Begrüßungsgelder für Spitzenmanager sind demnach gänzlich verboten. Die Initiative könnte einen kleinen, aber wichtigen Schritt gegen die immer größer werdende Schere zwischen den Reichen und den weniger Privilegierten in der Gesellschaft bedeuten³⁹.

Kategorie 2 – Hypothese entkräftend

Obligatorische und fakultative Referenden über Parlamentsbeschlüsse, die die Gerechtigkeit in der Gesellschaft, das Gemeinwohl des Volkes oder demokratische Grundprinzipien gefördert hätten und abgelehnt wurden.

Vom Volk initiierte Referenden über Gesetzesvorschläge, die die Gerechtigkeit in der Gesellschaft, das Gemeinwohl des Volkes oder demokratische Grundprinzipien verletzen und vom Volk angenommen wurden.

26.09.2004. **Bundesbeschluss über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation und Bundesbeschluss über den Bürgerrechtserwerb von Ausländerinnen und Ausländern der dritten Generation**: wurden beide nach einem obligatorischen Referendum von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Die Bundesbeschlüsse sahen vor, dass es Jugendlichen mit Migrationshintergrund der zweiten und dritten

³⁷ Vgl. Internetquelle 9

³⁸ Vgl. Internetquelle 7

³⁹ Vgl. Internetquelle 8

Generation durch erleichterte Einbürgerungshürden ermöglicht würde, gleichwertig am gesellschaftlichen und politischen Leben der Schweiz teilzunehmen⁴⁰.

29.11.2009. **Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten:** wurde von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Die Initiative wurde von der rechtskonservativen Schweizer Volkspartei (SVP) und der rechtsnationalen Kleinpartei Eidgenössische Demokratische Union (EDU) ins Leben gerufen. Sämtliche andere Parteien hatten die Bevölkerung dazu aufgerufen, gegen den Antrag zu stimmen. Die Initiative richtet sich gegen den Bau von Minaretten in der Schweiz. Gemäßigte, liberale und religiöse Kräfte sehen dadurch die Religionsfreiheit sowie den interkulturellen und interreligiösen Austausch bedroht⁴¹.

28.11.2010. **Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer:** wurde von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Diese Initiative, die von der Schweizer Volkspartei angestoßen wurde, verlangt die Ausweisung von rechtmäßig in der Schweiz anwesenden ausländischen Staatsbürgern, wenn sie rechtkräftig für Delikte gegen Leib und Leben, Sozialhilfemissbrauch, Drogenhandel oder Einbruch verurteilt wurden⁴². Kritiker sehen hier eine Aushebelung demokratischer Grundprinzipien, v.a. in Bezug auf Menschenrechte.

4. Resümee

Im Hintergrund der hier vorliegenden Untersuchungen ist zunächst, wie bereits erwähnt, zu resümieren, dass die beiden Hypothesen aus der quantitativen Analyse, wonach der Grad an direkter Demokratie eine positive Auswirkung auf politische Partizipation in der Bevölkerung bzw. das Vertrauen der Bevölkerung in politische Eliten und Institutionen sowie in die Demokratie selbst habe, nicht verifiziert werden können. Jedenfalls scheint dies mit den verwendeten Indikatoren nicht möglich. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass das Ergebnis entscheidend von der Kategorisierung der Unabhängigen Variable beeinflusst wird und diese aufgrund einer Studie aus dem Jahr 2002 erfolgte. Nicht ausgeschlossen ist, ob eine Untersuchung mit anderen Indikatoren, die sich jedoch auf dieselbe Fragestellung bzw. dieselben Hypothesen beziehen, nicht auch andere Ergebnisse erzielen könnte.

Die Überprüfung der Output-Hypothese, wonach der politische Output von Staaten mit direktdemokratischen Systemen eher den Grad an Gerechtigkeit in der Gesellschaft, das Gemeinwohl des Volkes sowie demokratische Grundprinzipien fördert, erzeugte ein geteiltes Bild. Auf der einen Seite konnten auf Initiative des Volkes (durch die Unterschriftensammlung, das abgehaltene Referendum sowie die Annahme durch die Mehrheit der Bevölkerung) seit 1990 drei Gesetze umgesetzt werden, die in gewisser Art und Weise das Gemeinwohl bzw. in einem Fall die Gerechtigkeit in der Gesellschaft fördern. Dies ist also als deutlicher Pluspunkt für die direkte Demokratie zu werten. In diesem Zeitraum hat es zwar keine Bundesbeschlüsse gegeben, die diese oder demokratische Prinzipien verletzt hätten und durch

⁴⁰ Vgl. Internetquelle 7

⁴¹ Vgl. Internetquelle 11

⁴² Vgl. Internetquelle 10

ein Referendum von der Bevölkerung abgelehnt worden wären, allerdings ist zu hinterfragen, ob das Schweizer Parlament nicht auch die Gesetze, die es verabschiedet, auf das Volk ausrichtet, da dieses in vielen Fällen das Recht hätte, solche Gesetze zu verhindern. Auf der anderen Seite gab es beim Thema „Migration und Integration“ durch die Mittel der direkten Demokratie demokratiepolitisch zweifelhafte Entwicklungen, die Kritiker auf die „Anfälligkeit des Volkes für Populismen“ zurückführen. Aufgrund der Analyse der Schweizer Volksbegehren lässt sich diese Hypothese also weder verifizieren noch falsifizieren.

5. Literatur- und Quellenverzeichnis

- Barber, Benjamin (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Aus dem Amerikanischen von Christiane Goldmann und Christel Erbacher-von Grumbkow, mit einem Nachwort von Hubertus Buchstein und Rainer Schmalz-Bruns, Rotbuch Verlag, Hamburg
- Cooke, Maeve (2000). *Five Arguments for Deliberative Democracy*, in: *Political Studies*: 2000 Vol. 48, 947-969, University College Dublin
- Dachs, Herbert (2008). *Verschiedene Modelle der Demokratie*, in: *Jugend – Demokratie – Politik*, herausgegeben vom Forum Politische Bildung, Informationen zur Politischen Bildung Bd. 28, Innsbruck-Bozen-Wien
- Filzmaier, Peter/ Klepp, Cornelia (Wien). *Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 2009, 3
- Gross, Andreas / Kaufmann, Bruno (2002). *IRI Europe Länderindex zur Volksgesetzgebung 2002. Ein Design- und Ratingbericht zu den direktdemokratischen Verfahren und Praktiken in 32 europäischen Staaten*, Initiative & Referendum Institute Europe, Amsterdam
- Habermas, Jürgen (1996). *Drei normative Modelle der Demokratie*, in: *Die Einbeziehung des Anderen: Studien zur politischen Theorie*, 277-292, Surkamp Verlag Frankfurt am Main
- Pintor, Rafael López / Gratschew, Maria (2002). *Voter Turnout since 1945. A Global Report*, International Institute for Democracy and Electoral Assistance, Stockholm
- Reitmair, Susanne (2013). *Expertenworkshop Direkte Demokratie: Forderungen – Initiativen – Herausforderungen*, Demokratiezentrum Wien
- Schaller, Christian (2002). *LehrerInneninformation zum Lernmodul: Demokratiemodelle und politische Partizipation. Repräsentative, direkte und partizipative Demokratie*, in: Dachs, Herbert / Fassmann, Heinz [Hg.] (2002). *Politische Bildung. Grundlagen – Zugänge – Materialien*, Verlag öbv & hpt, Wien, S. 14-21
- Schmidt, Manfred G. (2010). *Demokratiethorien. Eine Einführung*. 5. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Scharpf, Fritz W. (2004). Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats, MPIfG Working Paper 04/6, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung

Ucakar, Karl (2004). Demokratieentwicklung und Demokratiereform, Uni Wien

Zittel, Thomas (2012). Wie viel und welche Partizipation braucht die Demokratie? Papier zur Gemeinsamen Tagung der DVPW, ÖGPW, SVPW „Die Verfassung der Demokratie“, Workshop 2: Weniger Demokratie wagen? Die Entpolitisierung der Demokratie? Universität Osnabrück

Internetquelle 1: Meinhart, Edith (2009). Die Unzufriedenheit mit der Demokratie:

Wertestudie beleuchtet die Gesellschaft, Profil Online, am 13.06.2009, abgerufen auf der Internet-Homepage von Profil: <http://www.profil.at/articles/0924/560/244201/die-unzufriedenheit-demokratie-wertestudie-gesellschaft> (abgerufen am 05.08.2013)

Internetquelle 2: Nationalrat: Debatte über Weiterentwicklung der direkten Demokratie,

Parlamentsskorrespondenz Nr. 923 vom 12.10.2011, abgerufen auf der Internet-Homepage des Österreichischen Parlaments: http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0923/ (abgerufen am 05.08.20)

Internetquelle 3: Demokratie Jetzt – Volksbegehren, abgerufen auf der Internet-Homepage des

Demokratievolksbegehrens: <http://www.demokratie-jetzt.at/> (abgerufen am 05.08.2013)

Internetquelle 4: Benjamin Barber: Starke Demokratie, abgerufen auf der Internet-Homepage der

Projektwerkstatt: <http://www.projektwerkstatt.de/demokratie/barber.html> (abgerufen am 29.08.2013)

Internetquelle 5: Direkte Demokratie: das Volk entscheidet, abgerufen auf der Internet-Homepage der International Service of the Swiss Broadcasting Corporation:

http://www.swissinfo.ch/ger/politik_schweiz/Direkte_Demokratie:_das_Volk_entscheidet.html?cid=162376 (abgerufen am 12.09.2013)

Internetquelle 6: Eidgenössische Volksabstimmungen 2000 – 2009, detaillierte Ergebnisse, Excel Datei, abgerufen auf der Internet-Homepage des Schweizer Bundesamtes für Statistik:

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03.html> (abgerufen am 13.09.2013)

Internetquelle 7: Wahlen und Abstimmungen, Archiv/Suche, abgerufen auf der Internet-Homepage des

Kantons Uri: <http://www.ur.ch/de/aktuelles/abstimmungsresultate/polvorlagen/> (abgerufen am 13.09.2013)

Internetquelle 8: Schweizer stimmen für Initiative gegen Gehaltsexzesse, abgerufen auf der Internet-

Homepage der Süddeutschen Zeitung: <http://www.sueddeutsche.de/politik/volksabstimmung-gegen-die-abzockerei-schweizer-stimmen-fuer-initiative-gegen-gehaltsexzesse-1.1614330> (abgerufen am 14.09.2013)

Internetquelle 9: Stopp dem Atomkraftwerkbau, abgerufen auf der Internet-Homepage der Schweizer

Volksinitiativen: <http://www.schweizervolksinitiativen.ch/details.php?sEintragId=195&chronik=true> (abgerufen am 14.09.2013)

Internetquelle 10: JA zur Ausschaffungsinitiative, abgerufen auf der Internet-Homepage der Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer: <http://www.ausschaffungsinitiative.ch/de/> (abgerufen am 14.09.2013)

Internetquelle 11: Initiative: Schweizer stimmen gegen Minarett-Bau, abgerufen auf der Internet-Homepage des Spiegel Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/initiative-schweizer-stimmen-gegen-minarett-bau-a-664104.html> (abgerufen am 14.09.2013)